

## Der Wahltag – und nun?

Die Landtagswahl 2018 in Bayern wird in die Geschichte eingehen. Wieder haben die beiden (ehemaligen) Volksparteien zusammen mehr als 20% eingebüßt. Die Grünen setzen auch in Bayern zum Höhenflug an.

Was bedeutet das nun für die Parteienlandschaft und vor allem für uns Sozialdemokraten?

Ich habe mir ein paar Gedanken gemacht. Einige Thesen habe ich aus meiner Sicht beleuchtet. Vielleicht regt es ja zum Nachdenken, zum Diskutieren und bestenfalls zu Veränderungen an.

### **1. Die Zeit der Volksparteien ist vorbei**

Diese These wurde schon nach der Bundestagswahl 2017 geäußert. Vor einem Jahr habe ich die Meinung vertreten, dass die SPD aufgrund ihrer Mitgliederzahl von rund 470.000 noch als Volkspartei bezeichnet werden kann. Allerdings würde ich das inzwischen revidieren. Die letzten Wahlergebnisse und auch die aktuellen Umfragewerte zeigen, dass die SPD eine Partei unter vielen geworden ist. Auch die Union stürzt inzwischen stark ab. Aber noch reicht die Bindekraft, um rund 30% der Wähler zu vereinigen.

Sind Volksparteien damit am Ende? Ich würde das noch nicht abschließend beantworten. Robert Habeck hat am Wahlabend zwar das Konzept Volkspartei als nicht mehr zeitgemäß dargestellt. Aber ist das wirklich so? Seine These war, dass Volksparteien sich total abschleifen und keine Ecken und Kanten mehr haben. Das wiederum passe nicht in die heutige Zeit.

Ich bin nicht überzeugt, dass dies zwangsläufig so ist. Es trifft auf die aktuelle Verfassung von Union und SPD zu. Sie haben sich in den vergangenen 15 Jahren so weit aneinander angenähert und Konfliktlinien geglättet, dass dies zweifellos als profillos angesehen werden muss.

Das war aber nicht immer so. Beide Parteien konnten bis vor wenigen Jahren jeweils rund 40% der Wähler hinter sich vereinigen und trotzdem klar unterscheidbar sein. Das galt bis etwa in das Jahr 2000. Bis dahin waren beide Volksparteien auch nicht dem Irrglauben verfallen, sie müssten ihr Programm auf 100% der Wähler zuschneiden. Wenn ich niemandem verprellen will, dann muss ich natürlich meine Inhalte so abschwächen, dass sie keine Konturen mehr haben. Und genau dieses Phänomen erleben wir unter Merkel bei der Union. Aber wir erleben es eben auch bei der SPD. Wahrscheinlich konnte sich die Union nur länger behaupten, weil sie nicht das Erbe Agenda 2010 mit sich herumträgt und die bis 2015 sehr beliebte Regierungschefin stellt. Aber auch dort erodiert inzwischen die Zustimmung.

Die SPD muss sich besinnen, wo ihre Zielgruppe zu finden sein soll und dann die Inhalte darauf ausrichten. Möglichst arbeitnehmerfreundlich und gleichzeitig wirtschaftsliberal zu sein, wird nicht funktionieren. Das hat vielleicht zu Zeiten funktioniert, als man von 35 auf 40% steigen wollte. Aber in der jetzigen Situation muss es darum gehen, erst mal wieder genau zu definieren, wo man hinwill.

Wenn die SPD wieder erkennbar ist, hat sie das Potential wieder einen größeren Teil der Gesellschaft hinter sich zu vereinigen. Grundsätzlich wäre das auch wichtig. Alle die jetzt mit Häme auf die SPD (aber auch die Union) einschlagen, vergessen, dass diese beiden Parteien auch ein Garant für Stabilität waren. Trotz aller Fehlentwicklungen steht die Bundesrepublik im internationalen Vergleich blendend da.

Wenn man ruhig und überlegt gestalten will, dann ist eine gewisse Stabilität unabdingbar. Deswegen wäre es grundsätzlich schon wünschenswert, wenn es auch zukünftig Volksparteien gibt.

## **2. Die SPD wird in der Bedeutungslosigkeit verschwinden**

Ehrlich gesagt, kann man das heute noch nicht klar beantworten. Leider zeigt der Trend eindeutig dort hin. Allerdings muss es nicht zwangsläufig immer weiter nach unten gehen. So lange die SPD in den Kommunen verankert ist, dort Gemeinde-, Stadträte, Bürgermeister oder Landräte stellt, ist auch Potential da. Auch die Mitgliederstärke ist ein großes Potential, da eben (zumindest theoretisch) eine große Anzahl an Multiplikatoren vorhanden ist.

Allerdings bedarf es zu einer Trendumkehr auch einer tatsächlichen inhaltlichen und personellen Erneuerung. Erst wenn die SPD wieder erkennbar ist und man ihr etwas zutraut, werden die Mitglieder auch offensiv für ihre Partei werben. Wir müssen endlich davon wegkommen, dass sich viele Genossen eher dafür schämen, noch der Partei anzugehören. Solche Mitglieder werben nicht für ihre Partei. Sie werben vielleicht noch für einzelne Personen, weil sie sich abheben.

Das wiederum ist aber auch die Hoffnung in der jetzigen Situation. Ich möchte das am Beispiel Frammersbach erläutern. Mit einem engagierten Direktkandidaten, der häufig im Ort präsent war, konnte bei der 1. Stimme relativ gut mobilisiert werden. Das Ergebnis lag bei rund 24%. Das ist zwar nicht so stark, wie zu Spitzenzeiten. Aber es zeigt, dass man auch als SPD ordentliche Ergebnisse erreichen kann. Sicher auch deswegen, weil die Mitglieder des Ortsvereins hinter dem Kandidaten standen und stehen. Und es zeigt, dass grundsätzlich ein Potential für 20-30% vorhanden ist.

Das Ergebnis der 2. Stimmen bildet dann wiederum den allgemeinen Trend ab. Es hat sich halbiert.

Aber für mich bleibt, dass man mit engagierten, ehrlichen und authentischen Personen die SPD wieder stärken kann.

## **3. Die Grünen werden zur neuen Volkspartei**

Unter Punkt 1 habe ich erwähnt, dass es durchaus sein kann (und aus meiner Sicht auch wünschenswert ist), dass es weiterhin Volksparteien gibt. Von einigen Kommentatoren werden nun die Grünen als neue Volkspartei gesehen, die die SPD abgelöst hat.

Ich bin da noch etwas skeptisch. Was man den Grünen aber absolut hoch anrechnen muss: Sie haben sich klare Themen gegeben und diese mit einer positiven Erzählung vertreten. So konnten sie enorm mobilisieren. Das ist gut für die Demokratie! Sie geben nämlich Hoffnung, dass noch politische Kräfte antreten, die sich nicht mit Negativthemen befassen, sondern eine Vision vertreten.

Aber es wird spannend sein, ob der Höhenflug anhält, wenn tatsächlich Regierungsbeteiligung ansteht oder vor Ort typisch Grüne Projekte zur Umsetzung kommen. In München haben die Grünen die SPD erfolgreich in mehreren Wahlkreisen verdrängt. Ob das so bleibt, wenn tatsächlich Fahrverbote ausgesprochen werden, bleibt abzuwarten.

Es wird auch interessant sein, wie Grüne Regionalverbände mit dem Widerstand gegen Windkraftanlagen, Stromtrassen oder Speicherseen umgehen.

Oder wenn man Verantwortung in Rathäusern oder eben in der Regierung für Projekte trägt, bei denen wiederholt eine arten- oder naturschutzrechtliche Untersuchung durchgeführt werden muss und sie sich dadurch scheinbar endlos in die Länge ziehen.

Bitte nicht falsch verstehen, ich sehe das alles durchaus als wichtig an und ich traue den Grünen auch zu, diese Konflikte zu moderieren. Aber es ist etwas anderes aus der Opposition heraus etwas zu fordern als es tatsächlich umsetzen zu müssen – zusammen mit einem Koalitionspartner, der Kompromisse notwendig macht.

Der Grünenchef hat selbst nicht die Erwartung aufgestellt, dass die Grünen Volkspartei werden sollten. Aber da sie von Teilen der Medien entsprechend dargestellt werden, wird es schon interessant sein mitzuverfolgen, wie sie damit umgehen.

#### **4. Die Zeiten der CSU-Alleinherrschaft sind vorbei**

An diesem Punkt waren sich eigentlich alle Kommentatoren schon vor dem Wahltag einig. Ich sehe das nicht so! CSU, FW und FDP kommen zusammen deutlich über 50% und es fand eine erhebliche Wählerwanderung zu den Grünen statt. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass die CSU Teile der verlorenen Wähler zurückgewinnt. In der zersplitterten Parteienlandschaft würde ich momentan zwar Ergebnisse von 60% eher ausschließen. Aber ich kann mir durchaus vorstellen, dass 45-50% noch möglich sind.

Allerdings nur, wenn sich die CSU entscheidet, ob sie der AfD die Wähler abspenstig machen will oder dem bürgerlich-liberalen Lager. Beides wird nicht gelingen. So lange die Partei es toleriert, dass sich ihr Vorsitzender gegen jede Vernunft stellt und eine Regierungskrise nach der anderen in Berlin verursacht, werden sich noch mehr Menschen abwenden.

Das wiederum ist nicht nur ein Schaden für die CSU, sondern für die Demokratie im Allgemeinen.

#### **5. Die Themenwahl im Wahlkampf war teilweise unglücklich**

Grundsätzlich hat man Themen angesprochen, die die Menschen beschäftigen. Allerdings sind dabei zwei Probleme aufgetreten. Es haben die positiven Emotionen gefehlt und man war selbst angreifbar.

Die Wohnungsnot war so ein Thema. Auch wenn es stimmt, dass in den SPD-regierten Großstädten viele Wohnungen durch die Kommunen geschaffen und gleichzeitig staatliche Wohnungen verkauft wurden, so konnte man den Widerspruch nicht richtig auflösen, dass ausgerechnet dort, wo die SPD regiert das Problem besonders groß ist. Darauf hätte man besser vorbereitet sein müssen.

Grundsätzlich haben die positiven Emotionen gefehlt. Das muss programmatisch (nicht nur für Wahlkämpfe) verbessert werden. Wir müssen unsere Forderungen mit einer optimistischen Erzählung verbinden. Dazu müssen wir aber genauer definieren, wer die Zielgruppe sein soll und dann für diese Menschen konkrete Verbesserungen vorschlagen. Und wir brauchen einen optimistischen Zukunftsentwurf. Man kann Menschen nicht begeistern, wenn der Grundtenor sich daran orientiert, dass man „das schlimmste verhindern“ will.

Die Grünen haben es so geschafft die Menschen mitzureißen.

Dazu ist aber auch eine gelungene Kombination aus Themen und Kandidaten notwendig. Man muss den Kandidaten die Themen auch abnehmen.

#### **6. Die GroKo zerstört die SPD (und teilweise auch die Union sowie die Demokratie)**

Abgesehen von der ersten GroKo in den Jahren 1966-1969 muss man das so feststellen. Diese Regierungskonstellation schleift den Parteien jede Kontur ab. Darunter leidet die SPD stärker, als die Union. Aber auch bei CDU/CSU hat der Niedergang begonnen.

Man kann den Parteien eigentlich nicht vorwerfen, dass sie sich nichts vorgenommen hätten. Das Arbeitsministerium (Rentenpaket) und Familienministerium (Gute Kita-Gesetz) haben schon wichtige Impulse gesetzt. Aber was fehlt, das ist eine Vision. Auf ein gemeinsames Zukunftsprojekt kann man sich nicht verständigen. Die Stärkung Europas hätte es sein sollen. Aber das war ein Herzensanliegen von Martin Schulz und wird nun von niemandem ernsthaft verfolgt.

Wichtige Aufgaben für die Zukunft werden verschleppt: Breitbandausbau, Digitalisierung, Pflege, Wohnungsbau, Infrastruktur. Leider hat die SPD den riesigen Fehler gemacht ALLE Ministerien die sich mit diesen Themen beschäftigen an die Union abzugeben. Deswegen kann man nun in diesen Bereichen keine Impulse setzen. Es müsste aber auch offensiver eingefordert werden.

Ich sehe es ohnehin als einen großen Fehler an, dass man das Finanzministerium um jeden Preis erringen wollte und dafür die handfesten Themen abgegeben hat. Und dann besetzt man das Ministerium auch noch mit Olaf Scholz, der anscheinend fest entschlossen ist, eine exakte Kopie seines CDU-Vorgängers zu sein. Vor allem auf europäischer Ebene müsste er neue Impulse setzen – z.B. bei der Besteuerung internationaler Konzerne. Da kommt aber zu wenig.

Wahrscheinlich wäre das alles noch irgendwie mit seriösem Regieren positiv zu verkaufen. Aber leider befindet sich diese Koalition seit dem ersten Tag im Krisenmodus. Verantwortlich ist hierfür zwar in erster Linie der Dauerstreit zwischen CSU und CDU. Aber als Koalitionspartner ist man eben mit in der Verantwortung. Es ist ganz offensichtlich, dass Horst Seehofer nicht daran interessiert ist, mit der SPD und auch nicht mit seiner eigenen Kanzlerin kooperativ zusammenzuarbeiten. Er untergräbt die Autorität der Regierungspartner. Zudem agiert er teilweise in einer Art und Weise, die für Sozialdemokraten inakzeptabel sein sollte. Die Sozialdemokratie ist die Partei, die Tausende tote Mitglieder im Kampf gegen Gewaltherrschaft, Nationalsozialismus und für Gerechtigkeit, Menschenwürde, Freiheit sowie Rechtsstaatlichkeit zu beklagen hat. Es gehört zur DNA dieser Partei. Deswegen ist es unerträglich mit Personen am Kabinettstisch zu sitzen, die sich über Seenotretter, Abschiebungen und Migrationsbemühungen abfällig äußern.

Ein Willy Brandt oder Helmut Schmidt hätten nicht so lange mit Seehofer regiert. Man darf nicht immer wieder von roten Linien reden – man muss sie auch tatsächlich ziehen.

Als Bürgermeister habe ich für den Eintritt in die GroKo gestimmt, da ich nach dem Scheitern von Jamaika der Auffassung war, dass dieses Land eine stabile Regierung benötigt. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass es in einem solchen Chaos enden wird.

Inzwischen bin ich der festen Überzeugung, dass diese Koalition möglichst schnell beendet werden muss. Nicht nur wegen der SPD – nein wegen der Demokratie insgesamt. Diese Koalition steigert die Politikverdrossenheit und treibt der AfD die Wähler zu. Der Parteivorstand hat bisher immer an die staatspolitische Verantwortung appelliert und damit den Eintritt in diese Regierung begründet.

Ich bin der Auffassung, dass es staatspolitisch besser wäre, wenn Angela Merkel und Horst Seehofer mit ihren Rücktritten den Weg dazu freimachen, dass es noch einmal eine Verhandlung über Jamaika geben kann. Unter einem anderen Kanzler und mit einem neuen CSU-Vorsitzenden wären Grüne und FDP vielleicht dazu zu bewegen. Das könnte den Rest der Legislaturperiode vielleicht noch retten.

## **7. Ein Politikstil wurde abgewählt**

Viele Jahre wurde von Politikverdrossenheit gesprochen. Aber inzwischen ist klar, dass es sich eher um Politikerverdrossenheit handelt. Ich werde mich sicher nicht in die Reihe derer einreihen, die pauschal davon sprechen, dass Politiker abgehoben sind, dass sie nur in die eigene Tasche wirtschaften, etc.

Es gibt diese Fälle. Aber das ist ein geringer Teil. In Deutschland sind so viele Menschen in den verschiedensten Funktionen politisch tätig, dass es eine Verunglimpfung ihres Engagements wäre, das so pauschal auszudrücken.

Aber es gibt doch einen großen Kritikpunkt – die Art und Weise. In den vergangenen 10 – 15 Jahren hat sich ein Stil eingeschlichen, der die Menschen nicht mehr einbezieht, bei dem das Gespür für das

Gerechtigkeitsempfinden verloren geht. Der letzte krasse Fall war der Umgang mit der Personalie Maaßen. Entweder ist er geeignet für den Job oder nicht. Wenn man aber zu der Auffassung gelangt, dass er nicht geeignet ist, dann ist es wirklich niemandem zu vermitteln, weshalb er noch befördert werden sollte. Das ist ein Schlag ins Gesicht für Kassiererinnen oder Putzfrauen, die wegen ein Paar Euro Pfand oder einer mitgenommenen Bulette ihre Jobs verlieren.

Mir ist klar, dass man diese Fälle nicht direkt vergleichen kann und dass Herr Maaßen über seinen Beamtenstatus einen Schutz genießt – und verdient. Aber dann muss eine andere Lösung gefunden werden. Dass erst öffentlicher Druck notwendig ist, um hier nachzujustieren zeigt, wie weit man von der Gefühlswelt der Menschen im Land entfernt ist.

Gepaart mit einer Sprache, die kaum noch jemand versteht, hat das zu einer Entfremdung geführt. Davon haben die Bürger genug. Sie wollen wieder Menschen in Ämtern, die eine einfache Sprache sprechen, die ein Gespür dafür haben, was gerecht und was ungerecht ist. Menschen, die nicht ihr eigenes Ego über alles andere stellen.

Grüne und AfD stehen (scheinbar) für einen völlig anderen Stil. Das macht einen Teil ihrer Erfolge aus. Bei den Grünen habe ich auch die Hoffnung, dass sie tatsächlich entsprechend handeln werden.

## **8. Mit diesem Parteivorstand gelingt keine Wende**

Das ist mein Fazit der letzten Wochen und Monate. Ich sage das ganz offen – und öffentlich. Leider bin ich inzwischen der Auffassung, dass es nichts mehr nützt, Kritik rein intern zu äußern. Nein, diesem Parteivorstand muss man auch öffentlich das Misstrauen aussprechen. Ich weiß, dass das hart ist. Und es ist eigentlich nicht meine Art. Aber seit einigen Wochen sehe ich wirklich keine andere Möglichkeit mehr. Das Duo Nahles-Scholz wird die SPD marginalisieren. Es war ein großer Fehler beim letzten Parteitag keine personelle Erneuerung durchgeführt zu haben. Das habe ich auch damals schon deutlich gemacht. Die Führungsspitze gehört dem Parteivorstand seit 20 Jahren an. Sie mögen Verdienste haben, das möchte ich nicht absprechen. Aber einen Neuanfang kann man so nicht glaubwürdig verkörpern.

Ich bin eigentlich sehr dafür, dass man Menschen mit Verdiensten auch weiter stützt und ihnen Vertrauen schenkt. Aber die Situation der SPD ist zu kritisch. Vielleicht gibt es nach einer gewissen Zeit wieder Ämter und Aufgaben, für die erfahrene Genossen der jetzigen Parteiführung gebraucht werden. Aber jetzt sehe ich es als elementar wichtig an, dass sich die SPD an ihrer Spitze anders aufstellt.

Andrea Nahles hat in meinen Augen als Ministerin recht gut gearbeitet. Sie genießt aber in der Bevölkerung keine Akzeptanz. Das ist für sie menschlich tragisch. Ähnlich war es bei Herbert Wehner. Er wusste auch, dass er zu den fähigsten Köpfen zählt, dass er aber niemals Vorsitzender oder Kanzler werden kann, weil er dazu nicht den notwendigen Rückhalt in der Bevölkerung genießt. Aber es ist eben eine wichtige Aufgabe für einen Vorsitzenden auch durch die eigene Persönlichkeit Zustimmung und Akzeptanz zu erreichen.

Diese Köpfe sind natürlich selten zu finden. Auch die ewigen Vergleiche zu Willy Brandt sind da inzwischen überstrapaziert. Wenn wir Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen wollen, dann wird es – so hart das ist – nicht gehen, ohne dass die Personen ihre Ämter zur Verfügung stellen, die in der Bevölkerung besonders negativ wahrgenommen werden.

Aus meiner Sicht muss sich der Parteivorstand personell schnellst möglich neu aufstellen.

Das waren einige Gedanken zur aktuellen Situation. Sicher gibt es noch viele andere Dinge zu beleuchten. Dazu möchte ich auf die Analyse des Bundestagsergebnisses hinweisen:  
[https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/Evaluierung\\_SPD\\_BTW2017.pdf?utm\\_campaign=kampagne.spd.de&utm\\_content=MS&utm\\_medium=nl&utm\\_source=nl](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/Evaluierung_SPD_BTW2017.pdf?utm_campaign=kampagne.spd.de&utm_content=MS&utm_medium=nl&utm_source=nl)

Von der thematischen Aufstellung über die Kampagnenplanung bis zur Parteiarbeit ist darin alles durchleuchtet. Deswegen spare ich diese Themen aus. Allerdings möchte ich allen Interessierten wirklich empfehlen, sich mit dieser Analyse zu beschäftigen.

Ist jetzt alles verloren? Natürlich nicht! Ich sehe auch weiterhin keinen Grund, dass man die Sozialdemokratie aufgeben sollte.

Im Gegenteil. Wir erleben gerade eine Polarisierung in diesem Land, die den Rechtsstaat und die Demokratie herausfordert. Das Erstarken der AfD und die Verbündung selbiger mit offen rechtsradikalen Gruppierungen sind besorgniserregend. Die Sozialdemokratie sollte das Gegengewicht sein.

Die über 150-jährige Geschichte dieser Partei war geprägt davon, dass zunächst Demokratie und Rechte für alle Menschen erkämpft und später gegen Verfassungsfeinde verteidigt wurden. Noch am Tag der Machtergreifung der Nationalsozialisten haben sie sich als letzte dem, was da kommen würde, entgegengestellt. Viele haben das mit ihrem Leben bezahlt. Keine andere Partei kann sich auf diese Verdienste berufen. Keine andere Partei hat diese Bindekraft in die verschiedensten Milieus, um entschiedener Gegenpart zu diesen aktuellen Tendenzen zu sein.

Die Sozialdemokratie wird gebraucht. Sie wird aber ihre Bindekraft erst wieder entfalten können, wenn sie ihr Glaubwürdigkeitsproblem überwindet.

Deswegen ist eine radikale programmatische und personelle Erneuerung zwingend notwendig. Nicht irgendwann, nicht bis ins Jahr der nächsten Bundestagswahl – jetzt!

Dazu müssen wir auch wieder die unangenehmen Diskussionen führen. Wir müssen auch das Ohr wieder näher am Bürger haben. Einen Nils Heisterhagen, einen Heinz Buschkowsky und andere dürfen wir nicht verjagen, weil sie unangenehme Wahrheiten ansprechen. Wir müssen ihre Thesen nicht 1:1 übernehmen. Aber wir müssen hinterfragen, ob sie Probleme ansprechen, um die wir uns vielleicht schleunigst kümmern sollten.

Wir müssen auch den Bürgern noch weitreichendere Möglichkeiten geben, uns ihre Meinung zu sagen. Natürlich bieten alle Ortsvereine unzählige Veranstaltungen an. In der Regel informiert dort ein Abgeordneter über seine Arbeit und dann wird darüber diskutiert. Auch wenn diese Veranstaltungen in der Regel für alle interessierten Bürger offen sind, sitzen meist dieselben 10-20 Mitglieder beisammen und bestätigen sich gegenseitig in ihrer Meinung.

Irgendwie muss das Interesse von Bürgern geweckt werden, die bisher nicht zu uns gefunden haben. Wieso nicht einmal eine Einladung mit dem Thema „Was stört Sie an uns? Sagen Sie uns offen, was Sie von uns denken? Um welche Dinge sollen wir uns kümmern? – Sie reden, wir hören zu!“ Das muss auch nicht zwingend im üblichen Format sein, sondern kann auch gerne live im Internet erfolgen.

Wir dürfen jedenfalls nicht den Kopf in den Sand stecken. Wenn man etwas bewegen und gestalten will, gibt es immer Rückschläge. Denen muss man sich stellen und immer wieder weiter machen.

Christian Holzemer